Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Gönnersdorf

Sitzungstermin: 28.10.2020
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 21:13 Uhr
Ort, Raum: Gönnersdorf, im Jugend- und Gemeindehaus

ANWESENHEIT:

Vorsitz

Herr Walter Schmidt Ortsbürgermeister

Mitglieder

Herr Reinhold Lenzen 2. Beigeordneter

Herr Marcel Leuwer

Herr Dietmar Schmidt

Herr Arno Simon 3. Beigeordneter

Frau Heike Simon

Herr Robert Simon 1. Beigeordneter

Frau Sabine Simon

Verwaltung

Frau Heike Babendererde Protokollführung

Gäste

Herr Norbert Bischof Revierförster anwesend zu TOP 3, bis 20.35 Uhr

Fehlende Personen:

Mitglieder

Herr Josef Vietoris entschuldigt

Gäste

Herr Michael Schimper Forstamtsleitung entschuldigt

Die Mitglieder des Ortsgemeinderates Gönnersdorf waren durch Einladung vom 16. Oktober 2020 auf Mittwoch, den 29. Oktober 2020 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht. Gegen die ordnungsgemäße Einberufung wurden keine Einwendungen erhoben. Der Ortsgemeinderat war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Niederschrift der letzten Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Forstwirtschaftsplan 2021
4. Vorstellung BAT Konzept
5. Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik
6. Jahresabschlüsse 2016-2018
 - 6.1. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses für die Jahresabschlüsse 2016 bis 2018
 - 6.2. Feststellung des Jahresergebnisses 2016
 - 6.3. Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2016 gem. § 114 GemO
 - 6.4. Feststellung des Jahresergebnisses 2017
 - 6.5. Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2017 gem. § 114 GemO
 - 6.6. Feststellung des Jahresergebnisses 2018
 - 6.7. Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 gem. § 114 GemO
7. Zweckvereinbarung Kindergarten Jünkerath
8. Annahme von Zuwendungen
9. Mitteilungen des Ortsbürgermeisters
10. Anfragen / Wünsche

Nichtöffentliche Sitzung

11. Niederschrift der letzten Sitzung
12. Mitteilungen des Ortsbürgermeisters
13. Anfragen / Wünsche

Zur Tagesordnung wurden folgende Änderungen eingebracht:

TOP 4: Vorstellung BAT-Konzept wird vertrag. Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 12: Grundstücksangelegenheiten wird abgesetzt. Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Protokoll:

TOP 1: Niederschrift der letzten Sitzung

Sachverhalt:

Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden keine Einwände/Bedenken erhoben.

TOP 2: Einwohnerfragestunde

Sachverhalt:

Keine.

TOP 3: Forstwirtschaftsplan 2021 Vorlage: 1-3122/20/13-156

Sachverhalt:

Der Entwurf des Forstwirtschaftsplanes der Gemeinde Gönnersdorf für das Jahr 2021 ist als Anlage beigefügt. Die Details werden in der Sitzung durch die Vertreter der Forstverwaltung vorgestellt und erläutert.

Ortsbürgermeister Schmidt merkt an, dass die beschlossenen Brennholzpreise vom Forstamt falsch im Mitteilungsblatt veröffentlicht wurden und es hierdurch zu Irritationen und Unverständnis bei den Käufern gekommen ist.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat Gönnersdorf stimmt dem vorliegenden Entwurf des Forstwirtschaftsplanes 2021 in der vorgestellten Form zu.

Der Rat bittet darum, zukünftig die aufgeführten Kosten im Forstwirtschaftsplan detailliert darzustellen, um besser die Aufwendungen nachvollziehen zu können.

Die Brennholzpreise werden wie folgt festgelegt:

- Laubholz lang am Weg gerückt 52,00 €/fm
- Laubholz ungerückt 34,00 €/fm

Ab dem kommenden Jahr soll nur noch Holz lang am Weg gerückt zum Kauf angeboten werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Der mit einer Summe von 14.293,00 € zu erwartende Ausgabenüberhang im Forstbereich stellt eine erhebliche Ausgabenbelastung für die Ortsgemeinde dar.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 8

**TOP 4: Vorstellung BAT Konzept
Vorlage: G-0108/20/13-163**

Sachverhalt:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

**TOP 5: Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik
Vorlage: B-0072/20/13-157**

Sachverhalt:

Auf Initiative des Landkreises Vulkaneifel wurden in der Umsetzung des Kreisklimaschutzkonzeptes verschiedene Modelle zur kreisweiten Umrüstung der Straßenbeleuchtungen auf LED geprüft.

Dabei wurde jede Ortsgemeinde einzeln betrachtet, da unterschiedliche finanzielle Ausgangslagen bestehen sowie in Teilen bereits Umrüstungen auf LED-Technik erfolgt sind.

Im Rahmen der Vorprüfung wurden alle Alternativen geprüft - wie z.B. Ausstieg aus den ehem. RWE-Verträgen mit Neuabschluss (Inanspruchnahme von Zuschüssen aus der Kommunalrichtlinie, Landeszuschüsse etc.) evtl. auch über einen kreisweiten Rahmenvertrag.

Weiterhin wurde z.B. auch mit der Energieversorgung Mittelrhein (EVM) und der Eregio aus Euskirchen verhandelt. Diese haben kein Interesse im Landkreis Vulkaneifel als Konkurrent anzutreten - außerdem müsste dann seitens EVM oder anderer potentieller Mitbewerber erheblich in Infrastruktur investiert werden. Die bestehenden RWE-Verträge wurden inhaltlich durch den Landkreis überprüft. In den bestehenden laufenden Verträgen die seinerzeit fast flächendeckend - auf Empfehlung des Gemeinde- und Städtebundes geschlossen wurden - ist das Eigentum auf RWE / Innogy übertragen worden.

Es ist zwar eine Ausstiegsklausel enthalten, dann müssten die Ortsgemeinden jedoch die komplette Anlage zum Restwert zurückkaufen und dann auch noch weiterhin Netzentgelte zahlen. Eine Investition die sich die meisten Ortsgemeinden nicht leisten können.

Ziel der Verhandlungen auf Kreisebene mit Innogy war es daher, dass die Gemeinden von Beginn an - sofort nach der Umrüstung auch Einsparungen generieren die die Haushalte vor Ort entlasten.

Folgende Dinge wurden vereinbart:

- 1) Die Umrüstung kann im Rahmen der Wartung erfolgen (Reduzierung der Umrüstungskosten)
- 2) Wenn sich möglichst viele Gemeinden bei der kreisweiten Umrüstaktion beteiligen, können erhebliche Einsparungen durch einen Großeinkauf der Lampenmodule erzielt werden. Diese Einsparungen können sofort an die Kommunen weitergegeben werden.
- 3) Eine Öffnungsklausel wurde festgelegt, falls die Gemeinde die Energie für die Straßenbeleuchtung künftig evtl. selber produzieren möchte (z.B. Wind/PV mit entsprechender Speichertechnik).

Konkret liegt der Ortsgemeinde ein Angebot der Firma Innogy vom 01.20.2020 für die Gesamtkosten von 63.506,40 EUR mit der Amortisation in 6,74 Jahren vor (siehe Anlage).

Mit Umsetzung der Maßnahme können jährlich 9.420 € Energiekosten gespart werden.

Die jährliche Finanzierungsrate über das Innogyser-Programm (10 Jahre) beträgt 8.008,82 €erfolgen.

Somit entsteht mit Umsetzung des Projekts ein zusätzlicher positiver Haushaltseffekt von rund 1.400 € / jährlich.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beauftragt den Ortsbürgermeister, die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Technik als Investition in die Zukunft in die Wege zu leiten.

Der Ortsgemeinderat unterstellt, dass mit Umsetzung der Maßnahme keine Beitragspflicht entsteht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 8

TOP 6: Jahresabschlüsse 2016-2018

Sachverhalt:

Obgm. Schmidt übergibt den Vorsitz an die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Heike Simon und nimmt im Zuhörerbereich Platz.

**TOP 6.1: Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses für die Jahresabschlüsse 2016 bis 2018
Vorlage: 1-3144/20/13-164**

Sachverhalt:

Gemäß § 113 Abs. 3 der GemO hat der Rechnungsprüfungsausschuss jeweils über Art und Umfang sowie über das Ergebnis ihrer Prüfung einen Prüfbericht zu erstellen. Der Prüfbericht ist beigefügt.

**TOP 6.2: Feststellung des Jahresergebnisses 2016
Vorlage: 1-3145/20/13-165**

Sachverhalt:

Nach § 114 Absatz 1 Gemeindeordnung (GemO) beschließt der Rat über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und entscheidet in einem gesonderten Beschluss über die Entlastung des Ortsbürgermeisters und der Beigeordneten, soweit diese den Ortsbürgermeister vertreten haben.

Der Jahresabschluss ist vorab gemäß § 110 Absatz 2, Satz 2 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen.

Diese Prüfung ist am 15.10.2020 erfolgt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss 2016 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 7

TOP 6.3: Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2016 gem. § 114 GemO
Vorlage: 1-3147/20/13-166

Sachverhalt:

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Ortsgemeinde Gönnersdorf hat den Jahresabschluss 2016 am 15.10.2020 nach den Grundsätzen des § 113 GemO geprüft. Zur Prüfung haben die Ergebnis- und Finanzrechnung, der Rechenschaftsbericht sowie die Kassenbelege vorgelegen. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach § 114 Absatz 1 Gemeindeordnung (GemO) beschließt der Rat über die Entlastung des Ortsbürgermeisters, der Beigeordneten, soweit diese den Ortsbürgermeister vertreten haben sowie der Bürgermeisterin a.D. und der Beigeordneten der Verbandsgemeinde, soweit diese die Bürgermeisterin vertreten haben.

Beschluss:

Der Rat erteilt dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten, soweit sie den Ortsbürgermeister vertreten haben, sowie der Bürgermeisterin a.D. und der Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 7

TOP 6.4: Feststellung des Jahresergebnisses 2017
Vorlage: 1-3149/20/13-167

Sachverhalt:

Nach § 114 Absatz 1 Gemeindeordnung (GemO) beschließt der Rat über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und entscheidet in einem gesonderten Beschluss über die Entlastung des Ortsbürgermeisters und der Beigeordneten, soweit diese den Ortsbürgermeister vertreten haben.

Der Jahresabschluss ist vorab gemäß § 110 Absatz 2, Satz 2 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen.

Diese Prüfung ist am 15.10.2020 erfolgt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss 2017 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 7

TOP 6.5: Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2017 gem. § 114 GemO
Vorlage: 1-3150/20/13-168

Sachverhalt:

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Ortsgemeinde Gönnersdorf hat den Jahresabschluss 2017 am 15.10.2020 nach den Grundsätzen des § 113 GemO geprüft. Zur Prüfung haben die Ergebnis- und Finanzrechnung, der Rechenschaftsbericht sowie die Kassenbelege vorgelegen. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach § 114 Absatz 1 Gemeindeordnung (GemO) beschließt der Rat über die

Entlastung des Ortsbürgermeisters, der Beigeordneten, soweit diese den Ortsbürgermeister vertreten haben sowie der Bürgermeisterin a.D. und der Beigeordneten der Verbandsgemeinde, soweit diese die Bürgermeisterin a.D. vertreten haben.

Beschluss:

Der Rat erteilt dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten, soweit sie den Ortsbürgermeister vertreten haben, sowie der Bürgermeisterin a.D. und der Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2017.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 7

**TOP 6.6: Feststellung des Jahresergebnisses 2018
Vorlage: 1-3151/20/13-169**

Sachverhalt:

Nach § 114 Absatz 1 Gemeindeordnung (GemO) beschließt der Rat über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und entscheidet in einem gesonderten Beschluss über die Entlastung des Ortsbürgermeisters und der Beigeordneten, soweit diese den Ortsbürgermeister vertreten haben.

Der Jahresabschluss ist vorab gemäß § 110 Absatz 2, Satz 2 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen.

Diese Prüfung ist am 15.10.2020 erfolgt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss 2018 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 7

**TOP 6.7: Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 gem. § 114 GemO
Vorlage: 1-3152/20/13-170**

Sachverhalt:

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Ortsgemeinde Gönnersdorf hat den Jahresabschluss 2018 am 15.10.2020 nach den Grundsätzen des § 113 GemO geprüft. Zur Prüfung haben die Ergebnis- und Finanzrechnung, der Rechenschaftsbericht sowie die Kassenbelege vorgelegen. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach § 114 Absatz 1 Gemeindeordnung (GemO) beschließt der Rat über die Entlastung des Ortsbürgermeisters, der Beigeordneten, soweit diese den Ortsbürgermeister vertreten haben sowie des Beauftragten und der Beigeordneten der Verbandsgemeinde, soweit diese den Beauftragten.

Beschluss:

Der Rat erteilt dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten, soweit sie den Ortsbürgermeister vertreten haben, sowie des Beauftragten und der Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2018.

Ortsbürgermeister Schmidt übernimmt wieder den Vorsitz.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 7

**TOP 7: Zweckvereinbarung Kindergarten Jünkerath
Vorlage: 3-0218/20/13-161**

Sachverhalt:

Die Kindertagesstätte St. Antonius Jünkerath steht im Eigentum der Ortsgemeinde Jünkerath. Die Betriebsträgerschaft führt die Kita gGmbH Trier.

In der bestehenden Zweckvereinbarung, die zum 01.01.2011 in Kraft trat, wird die Kostenaufteilung in § 3 wie folgt geregelt:

**§ 3
Kostenaufteilung**

- (1) Die nicht durch Erträge (Elternbeiträge, Zuschüsse Dritter) gedeckten Aufwendungen werden zwischen den zum Einzugsbereich nach § 2 gehörenden Ortsgemeinden aufgeteilt. Zu den Aufwendungen gehören die für den ordnungsgemäßen Betrieb der Einrichtung erforderlichen unmittelbaren Personalkosten bzw. Personalkostenumlage an die Trägergesellschaft nach § 12 KitaG und die Sachkosten gem. § 14 KitaG. Abschreibungen für Anlagevermögen, für die Investitionskostenzuschüsse von den Ortsgemeinden an die Ortsgemeinde Jünkerath geflossen sind, werden bei der v. g. Berechnung nicht berücksichtigt.*
- (2) Zu den Aufwendungen nach Abs. 1 gehören auch die Zinsen aus Investitionskrediten, die für Maßnahmen an der Kindertagesstätte getätigt worden sind, sofern keine Investitionskostenzuschüsse geflossen sind.*
- (3) Die Kostenaufteilung erfolgt je zur Hälfte nach der Zahl der Kinder im Kindergartenalter (vier Jahrgänge) und nach der Einwohnerzahl gemäß Fortschreibung des Statistischen Landesamtes, jeweils nach dem Stand vom 30.06. des Vorjahres.*
- (4) Die Aufteilung der Kosten wird nach Vorlage der endgültigen Berechnung der Personalkostenumlage für das vorangegangene Rechnungsjahr von der Verbandsgemeindeverwaltung Obere Kyll vorgenommen. Auf die zu erwartenden Jahreskosten werden Abschläge jeweils zum 01.07. erhoben.*
- (5) Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Umlageberechnung auch die Abschreibung unter den Sachkosten nach § 14 KitaG berücksichtigt, erfolgt keine Kostenbeteiligung nach § 15 Abs. 2 KitaG.*
- (6) Soweit die Ortsgemeinde Jünkerath Entscheidungen zu treffen hat, welche finanzielle Auswirkungen auf die übrigen Ortsgemeinden haben, sind diese rechtzeitig vorher einvernehmlich mit diesen zu treffen.*

Die Regelungen bedeuten, dass eine unmittelbare Beteiligung an den Investitionen bisher nicht erfolgt; lediglich die Abschreibungen und Zinsen aus dem Schuldendienst werden im Rahmen der Verteilung der laufenden Kosten auf die beteiligten Ortsgemeinden umgelegt. Die Investitionen und die damit einhergehenden evtl. Kreditaufnahmen werden allein durch die Ortsgemeinde Jünkerath getragen.

Insbesondere im Hinblick auf die Erweiterungsmaßnahme an der Kita, die im Haushalt der Ortsgemeinde Jünkerath mit 660.000 € abzüglich Zuschüssen von 215.000 € veranschlagt ist, stellt sich die Frage, ob die Abrechnung für Investitionen nicht umgestellt werden sollte. Folge hieraus wäre, dass die beteiligten Gemeinden aufgrund des Verteilungsschlüssels in ihren Haushalten sog. Investitionskostenzuschüsse

veranschlagen, die in der Bilanz dargestellt werden. Jede Gemeinde muss selbst – falls keine entsprechenden finanziellen Mittel vorhanden sind – einen eigenen Investitionskredit zur Deckung der anteiligen Finanzierungslücke aufnehmen. Die entsprechenden Abschreibungen laufen direkt im eigenen Haushalt.

Die Aufteilung der Kosten für die Investitionsmaßnahme „Erweiterung Kita“ würde sich bei einer Aufteilung nach Investitionskostenzuschüssen und aufgrund des Verteilungsschlüssels hälftig nach Einwohner- und Kinderzahlen (Stichtag: 30.06. des Vorjahres) wie folgt darstellen:

Einzugsgemeinden	Kinderzahlen		Einwohner		Gesamt	Gemeindeanteil
	01.08.2013- 31.07.2017	%-Anteil	30.06.2019	%-Anteil	%-Anteil	
Esch	20	17,24	447	12,67	14,96	66.560,96 €
Feusdorf	10	8,62	497	14,09	11,36	50.534,17 €
Gönnersdorf	9	7,76	473	13,41	10,58	47.102,03 €
Jünkerath	69	59,48	1819	51,57	55,53	247.100,34 €
Schüller	8	6,90	291	8,25	7,57	33.702,50 €
Gesamt	116	100,00	3.527	100,00	100,00	445.000,00 €

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf zur Änderung der bestehenden Zweckvereinbarung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 8

TOP 8: Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 1-3070/20/13-151

Sachverhalt:

Die Annahme und Einwerbung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen bedarf nach § 94 Absatz 3 GemO der Genehmigung durch den Gemeinde- bzw. Stadtrat, wobei die genannte Vorschrift erst dann Anwendung findet, wenn die Zuwendung im Einzelfall eine Wertgrenze von 100 € übersteigt.

Zur Wahrung des Transparenzgebotes erfolgt die Beratung über die Genehmigung solcher Zuwendungen grundsätzlich in öffentlicher Sitzung, es sei denn, dass der Geber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten hat.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat genehmigt die Annahme/Vermittlung nachfolgender Zuwendungen:

Art der Zuwendung	Zuwendungsgeber	Umfang der Zuwendung	Zuwendungszweck	Sonstige Beziehungen zum Zuwendungsgeber

Geldspende 20.08.2020	Dietmar Schmidt, Gönnersdorf	100,00 €	Zaunanlage Friedhof	
Geldspende 17.09.2020	Heinz Reifferscheid, Gönnersdorf	100,00 €	Zaunanlage Friedhof	
Geldspende 21.09.2020	Theo Henn, Gönnersdorf	100,00 €	Zaunanlage Friedhof	
Geldspende 21.09.2020	Magda Hermann, Gönnersdorf	50,00 €	Zaunanlage Friedhof	
Geldspende 24.09.2020	Anton Schmitz, Gönnersdorf	200,00 €	Zaunanlage Friedhof	
Geldspende 12.10.2020	Franz Zehnpfennig, Düsseldorf	50,00 €	Zaunanlage Friedhof	

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 8

TOP 9: Mitteilungen des Ortsbürgermeisters

Sachverhalt:

➤ **Anfrage aus der Sitzung vom 25. August 2020**

- Pflege der Beete Jünkerather Str. und Zum Kylltal:
 - Nach Abstufung von Kreis- und Landesstraßen obliegt die Pflege von Beeten der Ortsgemeinde. Die Beete wurden nach Errichtung vom LBM abgenommen.
 - Peter Schmitz, der die Pflege der Anlagen um das Gemeindehaus übernommen hat, wurde auch mit der Pflege dieser Beete beauftragt.
- Schlussabrechnung Ausbau Jünkerather Straße erfolgt in 2021.
- Zusatzschild „In den Peschen“
 - Termin mit Ordnungsamt VG Gerolstein ist vorgesehen.

➤ Friedhof

- Folgende Arbeiten sind bereits ausgeführt:
Elektrozaun versetzt, Hecken und Bäume zurückgeschnitten, Baum gefällt.
- Für Erdbohrungen fehlt noch Rückmeldung Fa. Ehlen, Arbeiten durch Fa. Mommer erledigt.
- Abreiten 17. Und 31.10. angesetzt; bisher wurden 40 Elemente gesetzt, noch zu setzen 44.

➤ Spielplatz

- Maßnahme zurückgestellt, die gedachte Bearbeitung mit Kleinbagger nicht realisierbar.
- Nach Aktion Friedhof soll Maßnahme weiter geplant werden.
- Zuschuss RWE wird fürs nächste Jahr reserviert.

➤ Sachstand Windkraft

- Kompentationszahlungen 2020 vom Land RLP
- Vermietung Gemeindehaus
- Termine 2021
 - Gemeinsame Terminplanung mit Ortsgemeinden Birgel und Lissendorf.

TOP 10: Anfragen / Wünsche

Sachverhalt:

Keine.

Für die Richtigkeit:

gez. Walter Schmidt

.....
Walter Schmidt
(Vorsitzender)

gez. Heike Babendererde

.....
Heike Babendererde
(Protokollführerin)